



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

aktuell gehen wir weitere wesentliche und notwendige Schritte zur **Bewältigung der Finanzmarktkrise**. Dazu wird die Bundesregierung Ende April einen Gesetzentwurf vorlegen. Hinzu kommen Maßnahmen, für deren Umsetzung wir auf europäischer Ebene werben müssen. Im Einzelnen:

- Ein **schlagkräftiges Europäisches Finanzaufsichtssystem**, bestehend aus den nationalen Aufsichtsbehörden und drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor, muss Qualität und Kohärenz der Aufsicht in Europa verbessern. Damit einhergehend werden wir die **deutsche Finanzaufsicht** organisatorisch und inhaltlich **straffen**.
- Auch Banken müssen demnächst in Insolvenz gehen können, ohne dass das weltweite Finanzsystem ins Wanken gerät. Dazu schaffen wir ein **Regime zur Restrukturierung und geordneten Insolvenz von Banken**.
- **Risiko und Haftung müssen wieder enger verbunden werden**. Es kann nicht sein, dass Manager die Ertragschancen eines persönlich haftenden Unternehmers für sich beanspruchen, beim Risiko aber nur wie Angestellte behandelt werden wollen. Dazu ist das Haftungsrecht für Manager zu überprüfen. Darüber hinaus haben wir mit dem Gesetzentwurf zu Vergütungsstandards bereits einen Beitrag geleistet, Vergütung und langfristigen Unternehmenserfolg besser zu verzahnen.
- **Für Anleger wird es mehr Transparenz geben** – durch klare Produktinformationen, Beratungsprotokolle, die Offenlegung von Provisionen usw. Auch für die Vermittlung von Produkten des Grauen Kapitalmarktes (z. B. geschlossene Immobilienfonds, stille Beteiligungen) wird in Zukunft das Wertpapierhandelsgesetz gelten.
- **Finanzinstrumente, die auch spekulativen Zwecken dienen können, sind streng zu überwachen und ggf. zu verbieten**. Unnötig sind z. B. ungedeckte Leerverkäufe, also das pure Spekulieren auf fallende Kurse. Durch Einführung zusätzlicher Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten muss künftig auch das unbemerkte „Anschleichen“ bei geplanten feindlichen Unternehmensübernahmen – wie in den Fällen Porsche-VW oder Schaeffler-Conti – verhindert werden (siehe nebenstehendes Interview mit der „Wirtschaftswoche“).
- Schließlich ist der **Finanzsektor angemessen an den Krisenkosten zu beteiligen**. Die Bürger dürfen nicht den Eindruck haben, Verluste im Bankensektor seien von allen zu tragen, Gewinne aber würden von Einzelnen vereinnahmt. Deshalb werden wir einen Stabilitätsfonds als Sondervermögen des Bundes errichten. Beitragspflichtig sind alle deutschen Kreditinstitute. Die Beitragsbemessung wird sich am systemischen Risiko ausrichten.

Presse

In der der aktuellen „Wirtschaftswoche“ (Ausgabe 15 / 2010) gab Mathias Middelberg ein Interview zum Thema „Anschleichen“ – dem heimlichen Zukauf von Unternehmensanteilen mit der Absicht feindlicher Übernahmen.

**Wirtschafts
Woche**

{ Drei Fragen }

zu Übernahmen ...Herr Middelberg

Warum wollen Sie mit einem Gesetz verhindern, dass sich Unternehmen an andere anschleichen, um sie zu übernehmen?

In der Niedersächsischen Staatskanzlei habe ich das Thema Wirtschaft und auch das VW-Aufsichtsratsmandat für Ministerpräsident Christian Wulff betreut. Die „Anschleichen-Aktionen“ von Porsche an VW und von Schaeffler an Conti sind mir lebhaft vor Augen. Es waren Täuschungsmanöver gegenüber dem Kapitalmarkt. Wer sich anschleicht, verdient zulasten anderer. Das entspricht nicht



Mathias Middelberg, 44, sitzt für die CDU im Bundestag und gehört dem Finanzausschuss an.

Schüler der „Schule am Roten Berg“ aus Hasbergen zu Gast in Berlin



22 Schüler der 10. Klasse der „Schule am Roten Berg“ aus Hasbergen starteten Ihre Abschlussfahrt in Berlin Anfang dieser Woche auf meine Einladung hin mit einem Besuch im Bundestag. Nach einem Imbiss im Paul-Löbe-Haus und einem Informationsvortrag im Plenarsaal fand eine gemeinsame Diskussion über die Arbeit des Deutschen Bundestages statt.

Hermann Gröhe – Gast beim Kreisparteitag am 2. August 2010 in Osnabrück



Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, MdB, wird als Hauptredner auf dem Kreisparteitag der CDU am 2. August 2010 auftreten und über die programmatische Ausrichtung der CDU sprechen. Mathias Middelberg besprach den Termin mit ihm am Rande der aktuellen Bundestagssitzung.

Herzliche Grüße

Ihr

Mathias Middelberg

meiner Vorstellung von einem fairen Kapitalmarkt und beschädigt das Ansehen der sozialen Marktwirtschaft.

Wie wollen Sie das ändern?

Eine wirtschaftliche Beteiligung muss offengelegt werden, sobald die Zahl der in Bezug genommenen Stimmrechte zehn Prozent der Gesamtstimmrechte überschreitet. Dabei werden alle Finanzinstrumente berücksichtigt, die direkt oder indirekt auf eine Beteiligung zielen.

Wie ist das Echo darauf?

Wer an einem fairen, funktionierenden Markt interessiert ist, wird den Vorschlag aufgreifen. Ich bin zuversichtlich, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble die Vorteile des Modells aufgreift.

Reden im Bundestag

Schon die 3. Parlamentsrede:

Eine Liste der Reden im Plenum des Bundestages mit Links zum Video-Archiv des Deutschen Bundestages finden Sie unter:

<http://mathias-middelberg.de/themen/plenum/>



Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
mathias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Rolandsmauer 11, 49074 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
mathias.middelberg@wk.bundestag.de

www.mathias-middelberg.de